

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung
des Schulausschusses

am Dienstag, dem **21.04.2015**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 vom 10.02.2015**
- 4. Zukunft der Sander Schullandschaft
Vorlage: 059/2015**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns

Ratsherr Oliver Kohls

bis 18.30 Uhr

Ratsherr Stephan Lange

Beigeordneter Matthias Lührs

Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier

Ratsfrau Annika Ramke

Beigeordnete Ulrike Schlieper

Vertreter/in der Lehrer

Angelika Haak

Susanne von Senden

Vertreter/in der Eltern

Susanne Wurm

Gäste

Agnes Kersten

Ingo Rosskamp

Zuhörer/in

Ratsfrau Christel Bohlen

Ratsherr Folkert Feeken

Beigeordneter Achim Rutz

Beigeordneter Alexander von Fintel

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg

Gemeindeamtfrau Nadine Stamer

als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Dem Vorschlag, den Tagesordnungspunkt (TOP) 2 – Einwohnerfragestunde – aufzuteilen und Einwohnerfragen auch zum TOP 4 zuzulassen, wurde einstimmig gefolgt.

Ebenfalls gefolgt wurde dem Vorschlag, Herrn Rosskamp als designierten Elternvertreter im Schulausschuss als Gast an der Diskussion teilnehmen zu lassen.

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich nach den Hintergründen für den Umstand, dass das Thema Inklusion entgegen der Aussagen in der letzten Sitzung nicht mit auf die heutige Tagesordnung genommen wurde. Die Ausschussvorsitzende erläuterte, dass das Land Niedersachsen noch keinen weiteren Informationen herausgegeben hat und diese zunächst vor der weiteren Beratung abgewartet werden sollten.

Unter Berücksichtigung der Änderung zu TOP 2 wurde die Tagesordnung festgestellt.

2. Einwohnerfragestunde

Eine Elternvertreterin aus Cäciliengroden erkundigte sich zur Höhe etwaiger Rückzahlungsverpflichtungen von Landeszuschüssen, die der Gemeinde Sande im Rahmen des Konjunkturpaketes für Maßnahmen in den Schulen gewährt wurden. Der Bürgermeister führte dazu aus, dass kein Wertausgleich durchzuführen ist, wenn die Räumlichkeiten für kommunale, soziale, kulturelle oder sportliche Zwecke weitergenutzt werden, wovon auszugehen wäre.

Ein anwesendes Ratsmitglied kritisierte, dass nur Herr Rosskamp als designierter Elternvertreter der Diskussion beiwohnen darf, nicht aber dessen Vertreterin. Hierzu wurde von der Ausschussvorsitzenden auf die eindeutigen Bestimmungen des Kommunalverfassungsrechts hingewiesen.

Von einigen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern konnte der Zeitpunkt der Diskussion nicht nachvollzogen werden und es wurde moniert, dass ein beständiges System kaputt gemacht wird. Darüber hinaus wurde die Frage nach der Nachnutzung der Schulgebäude im Falle der Aufgabe und den Verbleib der Lehrkräfte gestellt, wozu der Bürgermeister ausführte, dass eine Nachnutzung z.B. durch die angrenzenden Kindertagesstätten erfolgen könnte und die Lehrkräfte vermutlich eine Option erhalten würden, zur Grundschule Sande zu wechseln. Hierzu gaben anwesende Elternvertreter zu bedenken, dass im Falle der Weiternutzung ebenfalls Investitionen für Brandschutzmaßnahmen eingeplant werden müssen und diese Kosten nicht, wie aufgezeigt, als Einsparung behandelt werden dürfen.

Auf Nachfrage, warum die Eltern in Neustadtgödens erst so kurzfristig über die Thematik etwaiger Schulschließungen informiert wurden, widersprach die anwesende Elternvertreterin des Gemeindeelternrates dieser Behauptung und berichtete, dass die Eltern der Grundschule schon vor längerer Zeit informiert wurden und die Debatte zudem in der örtlichen Presse nachverfolgbar war. Ergänzend wurde daran erinnert, dass der Anstoß zur Diskussion aus dem Gemeindeelternrat kam, und sich auch die damaligen Vertreter der Grundschule Cäciliengroden hierfür ausgesprochen hatten.

Ein anwesender Bürger monierte, dass der Gemeinde die Kinder scheinbar nichts wert sind, wenn sie nicht bereit ist Opfer zu bringen, mit der Konsequenz, dass sich Sande in Zukunft zur Rentnergemeinde entwickelt.

Hierzu stellte der Bürgermeister klar, dass Geld für den Jugendbereich nicht geopfert sondern investiert und in Sande eine Menge Geld für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt wird.

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 vom 10.02.2015

Von der Schulleitung der Grundschule Cäciliengroden wurde zur Kenntnis gegeben, dass zu TOP 4 im 7. Absatz nur der erste Satz von ihr stammt und die Folgesätze von anderen Ausschussmitgliedern geäußert wurden.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung wird die Fassung der Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Zukunft der Sander Schullandschaft **Vorlage: 059/2015**

Bürgermeister Eiklenborg stellte die Sitzungsvorlage inhaltlich vor, änderte den Beschlussvorschlag jedoch dahingehend ab, dass der Vorschlag zur Umsetzung der Schulschließung gestrichen wird.

Die SPD-Fraktion führte zu den rechtlichen Aspekten aus, dass aus Sicht des Kultusministeriums im Interesse der Erhaltung kleiner Grundschulen – insbesondere im ländlichen Raum – keine Bedenken bestehen, dass eine Grundschule, die nicht mehr einzügig geführt werden kann, als kleine Grundschule erhalten bleiben kann, sofern die Jahrgangsstärke langfristig zwischen 14 und 8 Schülerinnen und Schülern liegt, wobei die untere Zahl von 8 Schülerinnen und Schülern je Jahrgang für 1 bis 2 Schuljahrgänge unterschritten werden kann. Hinsichtlich des wirtschaftlichen Aspektes wurde vorgetragen, dass keine Einsparungen zu Lasten der Kinder vorgenommen werden und die von der Verwaltung aufgezeigten Einsparpotentiale zudem kritisch gesehen werden, weil davon auszugehen ist, dass durch die dann erhöhte Schülerzahl Mehrkosten für die Grundschule Sande entstehen würden. Neu zu organisieren wäre an diesem Standort zudem die Mittagsverpflegung, da die Kapazitäten in der Mensa der Oberschule nicht ausreichen werden. Auch wurde die Auffassung vertreten, dass ein Anbau erfolgen müsste. Zur pädagogischen Situation wurde abschließend geäußert, dass ein gutes Angebot nicht von der Größe der Schule abhängt. Im Ergebnis lehnte die SPD-Fraktion den vorliegenden Beschlussvorschlag ab.

Von der CDU-Fraktion wurde einleitend zu bedenken gegeben, dass eine Schule nicht monetär bewertet werden kann bzw. man damit nichts anfangen kann, weshalb der Ratsbeschluss mit dem Zusatz gefasst „soweit pädagogisch vertretbar“ gefasst wurde. Die Fraktion führte aus, dass die vor-

liegenden pädagogischen Stellungnahmen sie nicht zu dem Schluss hat kommen lassen, dass die Weiterführung der Schulen nicht zu vertreten ist, so dass zunächst vom Gegenteil auszugehen ist. Im Falle eines zentralen Schulstandortes wäre der Ganztagsbetrieb in Sande zwar grundsätzlich leichter zu organisieren, da die Form des Ganztags jedoch unterfinanziert ist, wird es keine wesentliche Besserung erwartet. Die aufgezeigten Schulentwicklungszahlen wurden dahingehend kritisch gesehen, dass das Hildesheimer Modell aus Sicht der Fraktion für kleine Bevölkerungseinheiten nicht sinnvoll anwendbar ist. Abschließend wurde die Wichtigkeit der Schulen als integraler Bestandteil des dörflichen Lebens und als Schutz gegen die Überalterung in den Ortsteilen hervorgehoben und der Beschlussvorschlag abgelehnt. Gleichwohl wurde die angestoßene Diskussion als sinnvoll erachtet, da der Tag der Schulschließungen kommen wird. Auch wenn der Bestand mittelfristig als gesichert erscheint, muss das Thema zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen werden.

Die Gruppe Grüne/FDP dankte der Verwaltung einleitend für die zusammengestellten Unterlagen als Grundlage für die Meinungsbildung gab jedoch bekannt, dass noch einige Frage zu der Thematik offen sind und die Gruppe deshalb noch nicht zu einem Urteil gelangt ist. Es wurde hinterfragt, warum der Beschluss so kurzfristig gefasst werden soll. Die Gruppe wünschte sich, dass sich für die Entscheidung mehr Zeit genommen wird, in der sich die Schulen abstimmen können. Zudem sollte nach den letzten unruhigen Jahren durch die Einführung der Ganztagschule, Inklusion etc. für die Schulen wieder etwas Ruhe einkehren können. Im Ergebnis wurde Enthaltung zur vorliegenden Beschlussvorlage signalisiert und dargestellt, dass eine gute Datengrundlage für weitere Gedankenspiele vorliegt.

Eine Lehrervertreterin wies auf die fehlende Aktualität der Broschüre zur Lehrerversorgung und den § 106 Abs. 5 Niedersächsisches Schulgesetz hin, wonach vor einer schulorganisatorischen Maßnahme das Interesse der Erziehungsberechtigten zu ermitteln ist. Die differierenden Schulentwicklungszahlen (Meldedaten und Hildesheimer Modell) dürfen zudem nicht als Grundlage einer Schulschließung herangezogen werden.

Von der Elternvertreterin wurde erklärt, dass die Eltern keine Entscheidung fällen möchten, solange keine Alternativen zur Schulschließung geprüft wurden, weswegen darum gebeten wurde, die Entscheidung zu vertagen. Diesem Wunsch schloss sich eine Lehrervertreterin an, die es als sinnvoll erachtete, dass sich die Betroffenen zunächst mit verschiedenen Szenarien auseinandersetzen und sich für die Themenkomplexe Finanzen, Konzepte und Visionen Zeit nehmen.

Die Ausschussvorsitzende stellte sodann den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung, mit dem Ergebnis, dass dieser mit 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Bevor der zweite Teil der Einwohnerfragestunde durchgeführt wurde, richtete die Ausschussvorsitzende ein paar Worte an den Bürgermeister und wünschte sich für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit zwischen

Bürgermeister und Politik. Hierfür zeigte sich Bürgermeister Eiklenborg offen und bot seine Teilnahme an den Sitzungen der Fraktionen und Gruppen an.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden nochmals die ermittelten Schulentwicklungszahlen als nicht aussagekräftig angesehen und herausgestellt, dass kleine Schulen Vor- und Nachteile haben, die in kleinen Schulen vermittelten sozialen Kompetenzen jedoch im weiteren Schulleben nicht nachgeholt werden können.

Dem Hinweis eines Bürgers, bei den künftigen Überlegungen auch die Elternvertreter aus Cäciliengroden mit einzubinden, wurde entgegengehalten, dass sich diese als Mitglieder des Gemeindefternrates vor einem Jahr ebenfalls für den Anstoß der Schulentwicklungsdiskussion ausgesprochen haben, danach aber an durchgeführten Informationsveranstaltungen zu den Themen „Jahrgangsgemischte Eingangsstufe“ und „Schulen in privater Trägerschaft“ leider nicht teilnahmen.

Zur Rechtskraft des Beschlusses wurde auf Nachfrage vom Bürgermeister ausgeführt, dass noch abschließend der Gemeinderat über diese Angelegenheit zu entscheiden hat. Eine Wiederbefassung mit diesem Thema ist nicht ausgeschlossen, der Zeitpunkt kann aber nicht vorhergesagt werden.

Beschlussvorschlag:

In der Gemeinde Sande wird ein Grundschulzentrum als alleiniger Grundschulstandort eingerichtet. Standort ist die Grundschule Sande. Die Grundschulstandorte Neustadtgödens und Cäciliengroden werden aufgegeben.

Abstimmungsergebnis: 6 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Ein Ausschussmitglied teilte mit, dass Unzufriedenheit bei der Mittagsverpflegung in der Grundschule Cäciliengroden bestehen soll. Die Verwaltung wird dies mit den Beteiligten klären.
- b) Auf Grund der Nachfrage nach den aktuellen Zahlen zur Randbetreuung und zur künftigen Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses Cäciliengroden verständigte man sich darauf, diese Informationen als Anlage zum Protokoll beizufügen.

Schluss der Sitzung: 18:40 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin